

**Geschäfts- und Referatsleitung (S-GL, S-R)**

Anlage Nr.	IBeS-Nr. (SOZ-intern)	Organisations- einheit	Titel geplanter Beschluss
84	278/17	S-GL-F S-III-L/KFT	Sammelbeschluss Zuschuss 2019
85	251/17	S-GL-B	Entfristung 1 VZÄ Teamassistenz bei S-GL-B
86	offen	S-GL-P/BGM	Sicherheitskonzept des Sozialreferates
87	71/18	S-Recht	Beteiligungsmanagement MÜNCHENSTIFT GmbH
88	offen	S-Recht	MÜNCHENSTIFT GmbH – Dachgeschossausbau für Personalwohnungen im Haus Rühmannstraße
89	offen	S-Recht	MÜNCHENSTIFT GmbH – Prüfung einer möglichen Gernalsanierung des Hauses St.-Josef



Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-GL-F, S-III-L/KFT	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Sammelbeschluss Zuschuss 2019, IBeS-Nr.: 278/17		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Das Sozialreferat hat im Rahmen seiner laufenden Überwachung der Projekte der freien Träger festgestellt, dass bei einigen der geförderten Projekte dringender Mittelbedarf im Haushaltsjahr 2019 besteht. Das Sozialreferat fasst in diesem Beschluss alle zu erwartende Mehrbedarfe einzelner Projekte unter 50.000 Euro zusammen und will damit Leistungseinschnitte vermeiden. Die Beträge orientieren sich anlog des Beschlusses Nr. 14-20 / V07042.		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	
Begründung: Es werden einmalige sowie dauerhafte Mehrbedarfe benannt.		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Erläuterung: Einzel- und Listendarstellung der zu erhöhenden Projektzuschüsse freier Träger erfolgt nach Fertigstellung in der entsprechenden Beschlussvorlage;  Für die Wirksamkeit des Vollzuges ist einheitlich der 01.01.2019 vorgesehen.		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€

2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	1.000.000 €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: interne, dauerhafte Budgetumschichtung soweit möglich; ggf. Kürzungen in anderen Projekten
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Erhöhung von Kosten z.B. bei den Mieten müssen kompensiert werden; i.d.r. durch Personalkosten; das Ergebnis sind Leistungskürzungen;

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>	nein
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/ Bedarf in qm: -/	
6.2 Begründung/Berechnung: -/	

Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-GL-B	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Entfristung 1 VZÄ Teamassistenz bei S-GL-B, IBeS-Nr.: 251/17		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Stellenentfristung 1 VZÄ A6; bedarfsgerechte Ausstattung des Bereichs Teamassistenz bei S-GL-B zur Bewältigung der steigenden Komplexität durch gesamtstädtische und referatsinterne Rahmenbedingungen bei der fristgemäßen Fertigstellung von Stadtratsvorlagen, etc.		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung: Laufende Sicherstellung - der Koordinierung des zunehmenden Referatsschriftverkehrs mit Terminmanagement - der termingerechten Verwaltung von Anträgen und Anfragen des Stadtrats, Anträgen der Bezirksausschüsse und Bürgerversammlungsempfehlungen (GO, GeschO) - von begleitenden gesamtstädtischen Prozessen mit festgelegten Rollen für das Beschlusswesen		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Erläuterung: Bewältigung der steigenden Komplexität durch gesamtstädtische und referatsinterne Rahmenbedingen bei der fristgemäßen Fertigstellung von Stadtratsvorlagen; verbindliche und lückenlose Verwaltung, insbesondere des termingebundenen zentralen Schriftverkehrs		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€

2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	50.100 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1		2, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1		2, VD

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs: qualifizierte Schätzung der Arbeitsmenge und entsprechendem Zeitaufwand, Berechnung und Stellungnahme postalisch am 03.04.2018 an P3.23 versandt

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung: Nicht vorhanden, da keine einheitliche standardisierte Bearbeitung mehr erfolgen kann
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt: Tagesgeschäft ist nicht mehr sichergestellt, da die notwendige Kapazität nach Ablauf der Befristung nicht mehr zur Verfügung steht.

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>	nein
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/ Bedarf in qm: -/	
6.2 Begründung/Berechnung: -/	

## Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-GL-P/BGM	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Sicherheitskonzept des Sozialreferates IBeS-Nr.: offen		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Für das Sozialreferat ist ein neues, standardisiertes Sicherheitskonzept zu entwickeln.

Der Ressourcenbedarf ist derzeit noch nicht bezifferbar.

**1.2 Aufgabenart**Pflichtaufgabe freiwillige Aufgabe bürgernahe Aufgabe Daueraufgabe zeitlich begrenzte Aufgabe 

Begründung:

Beschäftigtensicherheit

**1.3 Auslöser des Mehrbedarfs**inhaltlich/ qualitative  
Veränderung der Aufgabe neue Aufgabe quantitative  
Aufgabenausweitung 

Erläuterung:

Wahrung der Beschäftigtensicherheit im Rahmen stadtweiter Vorgaben

**2. Finanzielle Auswirkungen****2.1 konsumtiv**

2.1.1 Einzahlungen

offen €

2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

€

2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen

€

2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

€

2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte

€

2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

€

2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

€

2.1.2 Auszahlungen

offen €

2.1.2.1 Personalauszahlungen

€

2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

€

2.1.2.3 Transferauszahlungen

€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit

€

<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>	nein
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/ Bedarf in qm: -/	
6.2 Begründung: -/	



## Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-Recht	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: Beteiligungsmanagement MÜNCHENSTIFT GmbH, IBeS-Nr.: 71/18		
<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b>		
<p>Das Sozialreferat ist vom Stadtrat beauftragt, für die Landeshauptstadt München das Beteiligungsmanagement der MÜNCHENSTIFT GmbH durchzuführen. Die MÜNCHENSTIFT GmbH wurde 1995 gegründet und ist eine gemeinnützige, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt München. Sie ist heute mit rund 2.850 Bewohnerinnen und Bewohnern in derzeit 13 Häusern das größte Dienstleistungsunternehmen für Seniorinnen und Senioren in München.</p> <p>Die vom Beteiligungsmanagement MÜNCHENSTIFT (S-Recht/MST) in dieser Funktion zu erbringenden Aufgaben umfassen u.a. das Finanz- und Qualitätscontrolling, die umfassende Beratung des Aufsichts- und Stadtrates, alle Vertragsangelegenheiten einschließlich der rechtlichen Prüfungen sowie die Vertretung der Landeshauptstadt München als Grundstücks- und Gebäudeeigentümerin gegenüber der MÜNCHENSTIFT GmbH.</p>		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input type="checkbox"/>	
Begründung:		
Die Aufgabenerledigung wurde dem Sozialreferat vom Stadtrat der Landeshauptstadt München dauerhaft übertragen. Eine gesetzliche Pflicht zur Übernahme der Aufgaben besteht nicht.		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input checked="" type="checkbox"/>
Erläuterung:		
<p>Aufgrund steigender rechtlicher, vor allem EU-rechtlicher (Vergaberecht, Beihilferecht) Anforderungen ist insbesondere auch der rechtliche Betreuungsbedarf der MÜNCHENSTIFT GmbH gestiegen. Daneben ergibt sich auch durch den geplanten Neubau von derzeit mindestens drei neuen Pflegeheimen, dem Bau bzw. der Akquise von Mitarbeitendenwohnungen durch die MÜNCHENSTIFT GmbH, der wirtschaftlichen Entwicklungen der MÜNCHENSTIFT GmbH sowie aufgrund der sich in regelmäßigen Abständen ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen ein erhöhter betriebswirtschaftlicher sowie rechtlicher Betreuungsaufwand. Nur durch eine engmaschigere Betreuung des MÜNCHENSTIFT GmbH sowohl in betriebswirtschaftlicher als auch rechtlicher Hinsicht ist es dem Sozialreferat möglich, seine durch den Stadtrat übertragenen Aufsichts-, Beratungs- und Kontrollfunktionen weiterhin wahrzunehmen.</p> <p>Durch die Zuschaltung einer zusätzlichen Stelle soll die Personalkapazität an die gestiegenen Anforderungen angepasst werden sowie zusätzlich eine Vertretungsmöglichkeit der bisher alleinigen Sachbearbeiterin geschaffen werden, damit eine durchgehende Betreuung der MÜNCHENSTIFT gewährleistet werden kann. Im Gegensatz zu den anderen Betreuungsreferaten mit großemäßig vergleichbaren Gesellschaften wird im Sozialreferat das umfassende Tätigkeitsbild des vom Stadtrat beauftragten Beteiligungsmanagement derzeit nur mit einer einzigen Mitarbeitenden, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand eintreten wird, abgedeckt, was einzig aufgrund der über 35jährigen Erfahrung der Mitarbeiterin in der Altenarbeit und der über 15-jährigen Zusammenarbeit mit der MÜNCHENSTIFT GmbH in der bekannten Qualität möglich ist.</p>		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	66.700 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	€

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1		3, VD
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	0,88		3 QE, VD

#### 4. Bemessungsgrundlage

Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

Eine methodische Stellenbemessung wird nicht durchgeführt, da der Bedarf sehr geringfügig ist und der Arbeitsplatz per se notwendig ist.

## 5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

### 5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:

Ein interne Umschichtung von Kapazitäten ist nicht möglich, da die im Stab Recht vorhandenen Dienstkräfte aufgrund ihres notwendigen Spezialwissens jeweils im Rahmen der diesen übertragenen Aufgaben ausgelastet sind. Entsprechende Personalzuschaltungen erfolgten deswegen bereits dort.

### 5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

Qualitative Einbußen bei der rechtlichen Beurteilung z.B. von beihilfe- und/oder vergaberechtlichen Fragen, mit der potentiellen Folge erheblicher finanzieller Belastungen für die LHM bzw. für die 100%igen Tochtergesellschaft MÜNCHENSTIFT GmbH. Qualitative Einbußen beim Finanz- und Qualitätscontrolling mit potentiellen erheblichen finanziellen Belastungen für die LHM. Keine Möglichkeit, krankheits- und/oder urlaubsbedingte Abwesenheiten zu kompensieren mit der Folge, dass ggf. dringliche Angelegenheiten nicht oder nur bedingt bearbeitet werden können, mit der denkbaren Folge finanzieller Belastungen für die LHM. Keine Möglichkeit des Wissenstransfers von der derzeit alleinigen Sachbearbeiterin. Damit Gefahr des Verlustes von für die LHM wichtigen Wissens und Erfahrungen, was denkbarenweise zu einer finanziellen Belastung der LHM führen könnte.

## 6. zusätzlicher Büroraumbedarf

nein

### 6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/-

Bedarf in qm: -/-

### 6.2 Begründung/Berechnung: -/-



**Information über Beschluss mit Folgekosten**

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-Recht	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: MÜNCHENSTIFT GmbH – Dachgeschossausbau für Personalwohnungen im Haus Rümmanstraße, IBeS-Nr.: offen		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Um den dringend benötigten Bedarf an Personalwohnungen für die städtische Gesellschaft MÜNCHENSTIFT GmbH abzudecken, soll geprüft werden, inwieweit das bisher ungenutzte Dachgeschoss im Haus Rümmanstraße zu ca. 60 Personalappartements umgebaut werden kann. Im ersten Schritt sollen die Planungskosten zur Prüfung der Alternativen und vor allem für eine qualifizierte Kostenschätzung genehmigt werden. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird der Stadtrat mit der abschließenden Genehmigung befasst.		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	
Begründung: siehe 1.1		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: siehe 1.1		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	180.000 €

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/ Bedarf in qm: -/
6.2 Begründung/Berechnung: -/

Information über Beschluss mit Folgekosten

Referat/e: Sozialreferat	Haupt-/Abteilung(en) (Bereich): S-Recht	Federführung:
Arbeitstitel geplanter Beschluss: MÜNCHENSTIFT GmbH – Prüfung einer möglichen Generalsanierung des Hauses St. Josef, IBeS-Nr.: offen		

<b>1. Aufgabe</b>		
<b>1.1 Beschreibung der Aufgabe:</b> Da die technische Ausstattung des Hauses St. Josef mittelfristig erneuert werden muss und dazu die Konzeption des Hauses den aktuellen Anforderungen anzupassen ist, soll eine Generalsanierung dieser Einrichtung geprüft werden. Im ersten Schritt sollen wesentliche Fragen wie die Möglichkeiten eines Interimsbaus und des Dachgeschossausbaus in einer Bauvoranfrage geklärt werden. Sobald dieses Ergebnis vorliegt, wird der Stadtrat mit ausführlicheren Planungen und der Kostenermittlung befasst.		
<b>1.2 Aufgabenart</b>		
Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	
Begründung: siehe 1.1		
<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
Erläuterung: siehe 1.1		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	€
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	€
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	€
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	€
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	€
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
2.1.2 Auszahlungen	€
2.1.2.1 Personalauszahlungen	€
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	€
2.1.2.3 Transferauszahlungen	€

2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	€
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	€
2.2.2 Auszahlungen	50.000 €

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR
bereits für die Aufgabe eingesetzt	VZÄ	davon befristet VZÄ	QE, FR

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung</b>
5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:
5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen: -/ Bedarf in qm: -/
6.2 Begründung/Berechnung: -/